D-01 NEU Dringlichkeitsantrag: Die Ukraine stärken, den Frieden gewinnen

Gremium:	Robin Wagener und Radosawa Stomporowski
Beschlussdatum:	15.11.2024
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Die Wiederwahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika macht die Sicherheitspolitik der USA künftig weniger berechenbar. Darauf müssen Deutschland und seine Partner in EU und NATO dringend eine Antwort finden. Unklar ist, ob Präsident Trump die bestehenden Institutionen der regelbasierten internationalen Ordnung nutzen oder ignorieren wird. Wahrscheinlich scheint, dass sich die USA künftig weniger für die Sicherheit Europas engagieren werden. Deutschland wird daher umgehend mehr Verantwortung für die existenziellen Fragen von Frieden und Sicherheit in Europa übernehmen müssen. Für die Ukraine kann der Wahlsieg Trumps katastropale Folgen haben: Die Komplexität tragbarer Friedensprozesse ist unvereinbar mit den naiven Vorstellungen einfacher Deals mit Putin. Echter Frieden respektiert das Recht auf Selbstbestimmung, Souveränität und vollständige territoriale Integrität.

Auch die vorzeitige Beendigung der deutschen Bundesregierung durch Olaf Scholz und Christian Lindner sorgt für zusätzliche Unsicherheit in der Ukraine und Europa. Die fehlende Bereitschaft für weitergehende militärische, aber auch finanzielle und humanitäre Unterstützungsleistungen durch SPD und FDP belastet Stabilität und Sicherheit.

Die aktuelle Situation in den USA und Deutschland, aber auch die akuten russischen Geländegewinne stärken Putin in seinen brutalen Ambitionen. Er wird nicht davon ablassen, die Ukraine zu unterwerfen, sondern setzt strategisch weiter auf die politische Ermüdung des Westens – besonders unter Donald Trump. Die russische Kooperation mit autoritären Regimen wie dem Iran oder Nordkorea sind zusätzlich Ausdruck einer russischen Eskalationsstrategie, die weltweit Frieden und Sicherheit gefährdet. Nordkoreanische Truppen gegen ein souveränes europäisches Land stellen eine gravierende Internationalisierung des Krieges dar und bedürfen einer klaren Antwort. Sie sind Zeichen für die wachsenden Allianzen gegen liberale Demokratien und eine regelbasierte Ordnung. Es liegt in unserem Interesse, dass sich Nordkorea nicht weiter als Atommacht konsolidiert. Schon heute sieht sich Putin im Krieg mit dem liberalen Westen: Sabotage-Angriffe gegen deutsche Rüstungsunternehmen und Brandsätze gegen DHL in Deutschland und Europa verdeutlichen die zunehmende Skrupellosigkeit des Kremls. Putin eskaliert den Krieg über die Ukraine hinaus. Unsere baltischen und polnischen Partner sind zurecht alarmiert. Zudem kämpft Russland einen Informationskrieg mit Lügen, Propaganda und Kreml-nahen Parteien und Bündnissen, der sich gezielt gegen die liberalen Demokratien richtet. Putin schürt Hass und Hetze, um unsere freien Gesellschaften zu spalten und die Unterstützung für die Ukraine zu senken.

Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen, Putin muss scheitern. Russland muss Verantwortung für den Krieg und seine Kriegsverbrechen und die illegale Verschleppung tausender ukrainischer Kinder übernehmen. Für die friedliche Zukunft in Europa muss es dem Putin-Russland verneint werden, diesen Krieg

fortzuführen und sein bestehendes diktatorisches Regime aufrechtzuerhalten. Kurzfristig muss daher die militärische und diplomatische Unterstützung der Ukraine weiter verstärkt werden. Wir setzen uns für die Verschärfung und verbesserte Wirksamkeit europäischer und internationaler Sanktionen gegen Russland ein, um die russische Kriegsfähigkeit zu schwächen und Ressourcen des russischen Staates für seine Kriegswirtschaft maximal zu beschneiden. Auch mittel- und langfristig setzen wir auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen, unsere eigene politische und militärische Handlungsfähigkeit durch klare Signale der Entschlossenheit wahren und Verteidigung der westlichen Staaten und ihrer Partner garantieren.

Für uns steht fest: Russland hat die Chance auf eine bessere Zukunft. Es kann sich in eine friedliche parlamentarische Demokratie wandeln, eine wahre Föderation. Wir stehen daher weiter an der Seite jener, die gegen den Krieg aufbegehren und sich für ein demokratisches und friedliches Russland einsetzen.

Klar ist aber auch: Es liegt im strategischen und sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands und der EU, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine entschlossen zu verteidigen und das Land in seinem demokratischen Aufbau, der Rechtsstaatlichkeit und seiner Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der euroatlantischen Integration zu unterstützen und zu stärken. Es braucht daher den konsequenten Ausbau der deutschen und europäischen Unterstützung für die Ukraine und eine neue Strategie zum Umgang mit dem autoritären und aggressiven Russland von heute. Nur so erreichen wir eine europäische Nachkriegsordnung, die wahren Frieden stiftet.

In dieser Phase geopolitischer Unsicherheit senden wir ein Signal der Zuversicht und Entschlossenheit. Angesichts der kommenden Neuwahlen geben wir all jenen eine politische Heimat, die wahrhaften Frieden wünschen. Als Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen Friedensprozess, an dessen Ende ein wahrhafter Frieden stehen kann. Für uns ist Frieden keine Leerformel, kein plakativer Wahlkampfslogan. Unterwerfung und Fremdbestimmung stiften keinen Frieden, sondern stärken Willkür, Chauvinismus und Gewalt. Für uns ist Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist das Versprechen nach Sicherheit. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, für soziale und politische Teilhabe, für Selbstverwirklichung. Frieden schafft die Voraussetzungen für die Durchsetzung politischer Rechte und rechtsstaatlicher Prinzipien, für Demokratie, für Dialog, für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt. Für diesen Frieden kämpft die Ukraine, kämpfen wir gemeinsam, denn dieser Frieden gilt uns allen.

Als Bündnis 90/Die Grünen

1) stehen wir für einen glaubwürdigen, gerechten und wahrhaften Frieden für die Ukraine; einen ukrainischen Freiheitsfrieden in Selbstbestimmung statt eines russischen Diktatfriedens;

2) versichern der Ukraine unsere Partnerschaft und fortdauernde Bereitschaft zur vollumfänglichen Unterstützung in Bundesregierung und Bundestag;

3) verstehen wir uns als Partner der euroatlantischen Integration der Ukraine und

a. unterstützen den erfolgreichen EU-Beitrittsprozess;

b. stärken das Recht auf freie Bündniswahl, respektieren und unterstützen das souveräne Verfassungsziel der Ukraine auf eine künftige Mitgliedschaft des Landes in der NATO, weil nur so glaubwürdig Sicherheit garantiert werden kann;

4) unterstützen wir die vielfältigen diplomatischen Friedensbemühungen der Ukraine und ihrer Partner unter dem Grundsatz „Nichts über die Ukraine, ohne die Ukraine“;

#) stehen wir für mehr und umfangreicheres deutsches Engagement zur Verbesserung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit. Damit schützen wir die ukrainische Zivilgesellschaft und Infrastruktur. Zudem schaffen die militärischen Fähigkeiten der Ukraine die Voraussetzungen, diplomatische Handlungsspielräume gegenüber Russland zu sichern und zu stärken;

6) bestärken die Verantwortung dafür, das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr zu verbessern und
den deutschen Beitrag zu den dann jeweils geltenden NATO-Fähigkeitszielen zu gewährleisten;

7) bekräftigen wir unser Ideal einer verantwortungsvollen globalen Abrüstungspolitik und stärken die dafür notwenigen militärischen und diplomatischen Voraussetzungen;

8) fordern wir die konsequente Verfolgung, Dokumentation und Verurteilung russischer Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Zwangsdeportationen ukrainischer Kinder. Russland muss zur Verantwortung gezogen werden;

9) setzen wir uns für eine vollumfängliche Nutzbarmachung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte für die Ukraine ein;

10) setzen wir uns ein für eine neue deutsche Russland-Strategie zum Umgang mit dem aggressiven totalitären Russland von heute;

11) stärken wir demokratische Bündnisse und Partnerschaften weltweit und unterstützen die Zivilgesellschaften und Demokratiebewegungen in Belarus, Moldau, Georgien und Russland

Begründung der Dringlichkeit

Seit dem Antragsschluss zur Bundesdelegiertenkonferenz hat sich die geopolitische Situation massiv verändert. Donald Trump schafft Unsicherheiten im transatlantischen Sicherheitsgefüge. Die anstehenden Neuwahlen in Deutschland schaffen Unsicherheit – auch für die Ukraine. Zusätzlich wurde bekannt, dass Russland den Krieg auch durch den Einsatz nordkoreanischer Streitkräfte gegen die Ukraine weiter eskaliert. Auch die Warnungen der deutschen Geheimdienste während der öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) zeigten deutlich, wie stark die systematischen russischen Desinformations- und Propagandakampagnen den demokratischen Diskurs belasten und radikalen Kräfte stärkt.

Vor dem Hintergrund der Neuwahlen ist es daher dringend geboten, dass Bündnis 90/Die Grünen klar Position beziehen und nachvollziehbar transparent machen, welche Konzepte wir für den Frieden und die Sicherheit für die Ukraine und Europa wir verfolgen.